

## Politischer Aschermittwoch

Dr. Ursula Engelen-Kefer

(Ehem. Stellvertretende Vorsitzende des DGB)

18. Februar 2010

Wie jedes Jahr beendete auch gestern der Aschermittwoch die „tollen Tage“ des Karneval oder –wie hier in Bayern- des Fasching. Es folgt eine Zeit der Einkehr, des Nachdenkens und der Buße, heißt es im Volksmund. Um wie viel mehr gilt dies für den politischen Aschermittwoch 2010. Nach Überschreiten der Hundert-Tagesfrist der schwarz-gelben Bundesregierung und noch einmal 365 Tage schwarz-gelbe Regierung in Bayern ist allenthalben nicht nur ein kurzer „Kater“, sondern ein handfester „Katzenjammer“ angesagt.

Und dabei erklärte Angela Merkel vor und nach den Bundestagswahlen euphorisch, mit ihrem Wunsch-Koalitionspartner Guido Westerwelle und seiner FDP endlich durch regieren zu können. Nach dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag und dem neuen Bundeskabinett könnten wir alle froh sein, dass das Durchregieren bisher nicht klappt. Der angedrohte Abriss unseres Sozialstaates und die Spaltung unserer Gesellschaft würden noch schneller vonstatten gehen.

Allerdings muss uns bei anhaltender Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit angst und bange werden, welches unwürdige Schauspiel sich die drei Koalitionspartner unserer Bundesregierung nach innen und außen liefern. Ob Steuer- und Gesundheitspolitik, Hartz IV, Afghanistan oder der Ausstieg vom Atomausstieg -FDP und CSU streiten wie die Kesselflicker- als ob Deutschland eine Bananenrepublik wäre. Und Angela Merkel hält es mit der bekannten Szene aus dem Zappelphilip in „Max und Moritz“, der das Tischtuch mit dem gesamten Geschirr und Essen vom Tisch reißt: „Und die Mutter blicket stumm auf dem ganzen Tisch herum“.

Merkels Wunsch-Koalitionspartner Guido Westerwelle verliert im freien Fall seiner FDP in den öffentlichen Umfragen immer mehr die Nerven. Mit seinem unsäglichen Vergleich unseres Sozialsystems mit „altrömischer Dekadenz“ hat er die Schmerzgrenze -auch in den eigenen Reihen- überschritten. Maßgebliche Parteifreunde aus den Bundesländern denken bereits öffentlich über Machtteilung an der Spitze der FDP nach. Und die Bundeskanzlerin lässt ihren Bundesumweltminister mit seiner öffentlich zur Schau getragenen Skepsis gegenüber Atomstrom mit den Grünen flirten - natürlich ohne etwas an der vereinbarten Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke zu ändern. Auch wird inzwischen öffentlich spekuliert, dass die Bundeskanzlerin ihren vorherigen Koalitionspartner SPD bei der Nachbetrachtung in milderem Licht sieht. Dies alles scheint Guido Westerwelle in seiner unflätigen Diskreditierung des Sozialstaates nur noch weiter zu beflügeln. Ob dies strategische Regie der schwarz-gelben Bundesregierung ist, um den Sozialabbau nach den Nordrhein-Westfalen Wahlen Anfang Mai vorzubereiten oder schlichte Panik des FDP Parteichefs vor den schlechten Umfragewerten, bleibt abzuwarten.

## **Abriss des Sozialstaates**

Erinnern wir uns: Union und FDP haben jahrelang öffentlich kritisiert: Der Staat sei zu dick und träge oder wie der neue FDP Generalsekretär Christin Lindner kürzlich ausführte „ein teurer Schwächling“. Dies ist natürlich die mediale Begleitmusik zur Steuersenkungsorgie der FDP. Nachgelegt wurde in dem liberalen Sparbuch der FDP: Dort steht „Schwarz auf Weiß“: Einsparungen von 18 Millionen Euro im Auswärtigen Amt, Verringerung des aufgeblähten Regierungsapparates z.B. durch Einsparung je eines Staatssekretärspostens in den Ministerien. Die Bürokratie- Einsparbilanz der ersten 100 Tage der FDP in der Bundesregierung zeigt das genaue Gegenteil: Ausweitung von Ausgaben und Führungspositionen im Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungsministerium: FDP Spezies werden für ihre treuen politischen Dienste fürstlich belohnt. Den Vogel der Unverfrorenheit schießt Dirk Niebel ab - vormals Generalsekretär-Lautsprecher der FDP mit viel Polemik und wenig Inhalt und jetzt an der Spitze des Entwicklungsministeriums. Eigentlich wollte er dieses Ministerium gleich ganz abschaffen, um die Bürger von unnötigen Bürokratiekosten zu entlasten. Offensichtlich hat er sich dies nun anders überlegt und gleich den FDP Bundesgeschäftsführer als Staatssekretär mitgenommen. Mitautor des liberalen Sparbuchs und Finanzexperte der FDP Hermann Otto Solms macht auch öffentlich keinen Hehl aus dem schamlosen Sinneswandel seiner Partei: Die Vorschläge des Sparbuchs gehörten in die Zeiten der Opposition. So hält es die Regierungspartei FDP mit der Einhaltung ihrer Wahlversprechen.

Stattdessen ist die schwarz-gelbe Bundesregierung flott dabei, ihre Wahlhelfer-Klientel prompt zu bedienen. Das im Schweinsgalopp durchgepeitschte sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bedient die Hoteliers mit einer 12prozentigen Senkung der Mehrwertsteuer. Zu dumm nur, dass es inzwischen an die Öffentlichkeit gedrungen ist: ein Großspender für FDP, CDU und CSU war ausgerechnet der bekannte Gastronomie Konzern Mövenpick. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Oder nehmen wir die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb: Laut Koalitionsvertrag soll die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf Kopfpauschalen umgestellt werden. Dies bedeutet die Zerstörung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung, finanziert aus einkommensbezogenen Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dabei hat es in den letzten Jahrzehnten unter wechselnden Regierungskoalitionen hierbei bereits eine erhebliche Aushöhlung der paritätischen Finanzierung zu Lasten der Versicherten und Patienten gegeben. Die Kopfpauschale würde dieser Entsolidarisierung und damit einem wesentlichen Eckpfeiler unseres Sozialstaates endgültig den Todesstoß versetzen. Jeder Versicherte würde damit den gleichen Beitrag zahlen - egal ob hochverdienender Chef oder niedrig verdienende Mitarbeiterin. Die Besserverdienenden würden erheblich entlastet; die unteren und mittleren Einkommensbezieher müssten mehr zahlen. Dies ist Solidarität verkehrt.

Genauso schlimm ist, dass nach dem Gesundheitsrezept von Schwarz-Gelb die Arbeitgeber aus ihrer finanziellen Verantwortung für das Gesundheitswesen entlassen werden sollen. Ihre Beiträge werden eingefroren. Alle weiteren Ausgabensteigerungen einer älter werdenden Gesellschaft - aber auch der Selbstbedienungsmentalität der sog. Anbieter auf dem lukrativen Gesundheitsmarkt - müssten von den Versicherten und Kranken getragen werden. Dafür sollten die Geringverdiener, die sich die Kopfpauschalen überhaupt nicht leisten können, durch staatliche Transferleistungen entlastet werden. Nach Berechnungen von Experten müsste mit steuerlichen Zuschüssen zwischen 35 und 40

Mrd. Euro gerechnet werden. Gleichzeitig will die FDP an ihren Steuersenkungsplänen von 24 Mrd. Euro im Jahr festhalten. Die Konsequenzen für 90 Prozent unserer Bevölkerung in der gesetzlichen Krankenversicherung sind absehbar: Drastische Kürzungen der Gesundheitsversorgung und Erhöhung der Eigenleistung der Versicherten. Der Weg in die Zwei- und Drei-Klassenmedizin ist vorgezeichnet.

Dass es der FDP vor allem auf die Bedienung ihrer besserverdienenden Klientel ankommt, macht FDP Gesundheitsminister Philipp Rösler tagtäglich deutlich: Zunächst hat er den Leiter des Instituts in die Wüste geschickt, das Kosten und Leistung einzelner Medikamente prüfen soll. Die Pharmabranche, die mit ihren übermäßig hohen Preissteigerungen zu der Kostenexplosion im Gesundheitswesen maßgeblich beiträgt, wird es ihm danken. Darüber hinaus hat er einen führenden Funktionär der privaten Krankenversicherung in leitender Funktion seines Ministeriums eingesetzt. Der Weg in die weitere Privatisierung der Krankenversicherung zu Lasten der Mehrheit der Menschen in Deutschland ist damit vorgezeichnet.

### **Lohndumping als Programm**

Die Sozialdumping-Politik der schwarz-gelben Bundesregierung soll sich auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen. Vor der Einführung weiterer tariflicher Mindestlöhne werden hohe Hürden aufgebaut - ganz zu schweigen von einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Damit geht Angela Merkel in Riesenschritten hinter ihre eigenen Mindestlohn-Vereinbarungen in der vorherigen Großen Koalition zurück. Durch die Einführung des zweifachen Vetorechtes - einmal der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) bei der Durchsetzung bereits verhandelter tariflicher Mindestlöhne im Tarifausschuss auf Bundesebene sowie dann eines Mitglieds im Bundeskabinett - ist die Einführung weiterer tariflicher Mindestlöhne praktisch unmöglich gemacht. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehene Überprüfungsklausel auch bereits beschlossene und eingeführte tarifliche Mindestlöhne wieder in Frage stellen wird.

Die Allgemeinverbindlichkeit der bereits seit jetzt drei Jahren von den DGB Gewerkschaften und den beiden großen Zeitarbeitsverbänden verhandelten tariflichen Mindestlöhne ist in unbestimmte Ferne verschoben. Einheitliche gesetzliche Mindestlöhne wurden von verschiedenen Mitgliedern dieser Bundesregierung bereits verschiedentlich als „Teufelswerk“ verpönt. Damit ist der Weg frei für weiteren Druck auf die Löhne und die Ausweitung von Niedriglohnssektoren und Armut bei Arbeit sowie im Alter.

Ein besonders drastisches Beispiel wurde uns gerade am Fall der Drogeriemarktkette Schlecker deutlich vor Augen geführt. Seit Monaten werden Drogeriemärkte geschlossen und an anderer Stelle Schlecker XL Märkte errichtet. Die Mitarbeiter/innen können sich über eine Verleihfirma an die neuen Drogeriemärkte vermitteln lassen - allerdings dann nur noch zu etwa der Hälfte der Löhne und ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Dieses schamlose Lohndumping von Schlecker hat zu einem empörten Aufschrei in der Öffentlichkeit geführt. Selbst die neue Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen sah sich veranlasst, Schlecker öffentlich zu kritisieren und eine Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen der Leiharbeit anzukündigen. Nachdem Schlecker begrenzte Einsicht zeigte und die Zusammenarbeit mit der Leihfirma beendete, war das gesamte Thema aber offensichtlich erledigt. Wir und vor allem die Mitarbeiter/innen von Schlecker warten bislang vergebens auf die von

Frau von der Leyen angekündigten gesetzlichen Verbesserungen des Schutzes bei Leiharbeit. Das Mindeste wäre eine klare gesetzliche Regelung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ohne Ausnahmen. Leider ist davon aus dem Hause der Bundesarbeitsministerin nichts mehr zu hören. Vielmehr wird auf Anfragen mitgeteilt: So hätte das die Bundesarbeitsministerin nicht gemeint. Verleihagenturen können also weiterhin mit Lohndumping ihre Profite machen und wir als Steuerzahler müssen als Ausfallbürgen herhalten: Im September 2009 musste der Staat für die 300 000 „Aufstocker“-Arbeitnehmer, die trotz Vollzeitarbeit kein existenzsicherndes Einkommen erhalten - 150 Millionen Euro pro Monat berappen; für Hungerlöhne bei Leiharbeit mussten wir als Steuerzahler zwischen Mai 2008 und Juni 2009 etwa eine halbe Milliarde Euro aufbringen. Diese erzwungene Subventionierung der Wirtschaft ist für die schwarz-gelbe Bundesregierung Programm.

### **Recht auf Arbeit an Stelle Arbeitspflicht**

Gerade erleben wir ein mediales Schauspiel besonderer Art zur Vorbereitung eines weiteren drastischen Sozialabbaus.

Roland Koch, Ministerpräsident von Hessen und Stellvertretender Vorsitzender der CDU hat erneut für Schlagzeilen gesorgt. Er verlangte, Arbeitslose müssten zur Arbeit -auch gemeinnütziger Tätigkeiten- herangezogen werden, wenn sie Leistungen vom Staat beziehen. Prompt lief dies durch die Medien als „Arbeitspflicht“ oder noch schlimmer als „Zwangsarbeit“.

Gerade Roland Koch müsste doch nur allzu genau wissen, dass bereits heute der gesetzliche Druck auf Arbeitslose massiv ist und eine weitere Verschärfung nur noch eine Arbeitspflicht sein kann, die im Übrigen nach unserem Grundgesetz gar nicht zulässig ist. Nach dem Gesetz zu Hartz IV müssen Langzeitarbeitslose seit 2005 jede Tätigkeit annehmen. Die untere Grenze ist nur durch Sittenwidrigkeit gezogen - d.h. zumutbar sind Tätigkeiten bis zu 30 Prozent unter tariflichen und ortsüblichen Löhnen. Dies hat mit dazu beigetragen, dass wir in der Bundesrepublik bei Ausmaß und Entwicklung von Niedriglohnsektoren und Armut bei Arbeit gegenüber unseren vergleichbaren europäischen Nachbarstaaten inzwischen die „Rote Laterne“ halten.

Der Vorstoß von Roland Koch, die Daumenschrauben für Arbeitslose noch mehr anzuziehen, muss in der Kategorie „politische Blindgänger“ bleiben.

### **Hartz IV**

Öffentlichkeit und Medien werden derzeit von Hartz IV gleich in doppelter Weise beherrscht: Es geht um die Zukunft der Job Center sowie d für Hartz IV und dabei vor allem der Kinderzuschüsse. In beiden Fällen war die Politik wechselnder Regierungskoalitionen nicht in der Lage, tragfähige Lösungen zu finden. In beiden Fällen hat das Bundesverfassungsgericht die Reißleine gezogen und vom Gesetzgeber Änderungen bis Ende 2010 verlangt.

Bei den Job Centern geht es um erheblich mehr als um Organisation bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser und ihrer Familien: es geht vielmehr um Hoffnungslosigkeit oder Zukunft sowie

Ausgrenzung oder Integration für 7 Millionen Menschen in Deutschland. Das sind beinahe 10 Prozent unserer Bevölkerung und bald ein Viertel der Erwerbstätigen; etwa 60 000 Beschäftigte von Arbeitsagenturen und Kommunen und ein Jahresbudget von inzwischen 48 Mrd. Euro mit steigender Tendenz. Und es geht um das Schicksal von 2,2 Millionen Kindern und Jugendlichen in Hartz IV Familien.

Es wäre daher nur folgerichtig, wenn das „Fördern“ und damit die Eingliederung in Arbeit in den Vordergrund gestellt wird, dem Bund und damit auch der Bundesagentur für Arbeit klare Verantwortlichkeiten für die Feststellung der Erwerbsfähigkeit, die Zahlung der ALGII Leistungen und die Arbeitsmarktpolitik zu übertragen. Nur dann kann die kommunale Kirchturmpolitik überwunden und eine konsequente Eingliederungspolitik betrieben werden. Die Kommunen sollten sich auf ihre ureigensten Aufgaben konzentrieren, die sie bisher nur unzureichend erfüllen: die flankierenden sozialen Hilfen - von Schulden- und Suchtberatung bis zur Kinderbetreuung - die für eine berufliche Eingliederung unabdingbar sind. Erfolgreiche kommunale Beschäftigungsgesellschaften könnten weiter in die arbeitsmarktpolitischen Konzepte der BA einbezogen werden.

Dies bedingt aber auch, dass die Pläne in der schwarz-gelben Regierungskoalition zur drastischen Einschränkung des zugesagten Bundeszuschusses für die BA vom Tisch kommen. Die finanziellen Spielräume für die Arbeitsmarktpolitik dürfen gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit nicht eingeschränkt werden. Vielmehr ist der willkürliche Eingliederungsbeitrag der BA zur Finanzierung der hälftigen Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik der ALG II Empfänger (5 Mrd. Euro im Jahr) endlich abzuschaffen und die zu starke Senkung der Beiträge zur BA (von 6,5 auf 2,8 Prozent) teilweise wieder rückgängig zu machen. Die BA muss ihre finanzielle Eigenständigkeit und ihre Unabhängigkeit vor Auflagen der Bundesregierung, die arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen entgegenstehen, zurückgewinnen.

Ähnlich sieht es aus, wenn als Konsequenz des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Grundsicherung und zu den Kindersätzen bei Hartz IV nur ein endloses politisches Gefeilsche über die richtigen Berechnungsmethoden, Leistungsarten und Regelsätze die Folge wäre. Natürlich ist dem Votum des Bundesverfassungsgerichtes zu folgen, eine transparente und bedarfsgerechte Festlegung der Leistungssätze für Kinder zu erarbeiten. Dabei müssen natürlich gerade für Kinder ausreichende Möglichkeiten für Bildung im umfassenden Sinn einbezogen werden. Genauso wichtig wäre es allerdings die Rahmenbedingungen für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen aus Hartz IV Familien zu verbessern, die Ganztagsbetreuung, das Herausholen aus dem Hartz IV Ghetto, Verbesserung der sprachlichen Voraussetzungen, Ganztags- und Gesamtschulen mit ausreichender sozialpädagogischer Betreuung

Wenn jetzt darüber gejammert wird, dass eine Erhöhung der Leistungssätze für Kinder dazu führt, dass sich Arbeit noch weniger lohnt und noch mehr Menschen in Hartz IV fallen, kann dies wenig beeindrucken. Sollten wir uns nicht eher darüber empören, dass Millionen Arbeitnehmer so niedrige Löhne beziehen, dass eine eigenständige Existenz für sie und ihre Familien nicht mehr möglich ist. Wieweit ist unsere gesellschaftliche Verantwortung gesunken, wenn die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Berücksichtigung der Teilhabe an Bildung und kulturellem Leben für Kinder als unzulässige Aufblähung der Kosten für Hartz IV gebrandmarkt wird. Derartige

Hartz IV Leistungen sind gut angelegte Investitionen in die Zukunft. Dabei ist allerdings sicherzustellen, dass diese Leistungen auch bei den Kindern ankommen.

Die Schieflage unseres Sozialsystems liegt nicht in zu hohen Regelsätzen für Hartz IV Kinder, sondern in zu wenig existenzsichernder Arbeit und zu niedrigen Löhnen für ihre Eltern. Hier müsste vor allem angesetzt werden. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der vor Armut schützt, ist das beste Bollwerk vor Hartz IV als Fass ohne Boden und ohne Perspektive für unsere Kinder.

Die soziale Schieflage in Deutschland liegt aber noch mehr in der ungerechten Verteilung von Wohlstand, Zukunftschancen sowie Finanzierung unseres Sozialstaats. Dabei schwinden die Hoffnungen, dass aus der weltweiten Finanzkrise die notwendigen Lehren gezogen werden. Die ungebremste Finanzspekulation sowie unverantwortlich hohe Gehalts- und Bonuszahlungen an Spitzenmanager gehen munter weiter. Eine ausreichende steuerliche Begrenzung sowie wirksame gesetzliche und institutionelle Überwachungsmechanismen sind nach wie vor in weiter Ferne.

Dabei leistet sich die Landesregierung in Bayern eine Tragödie besonderer Art. Nicht nur wird der finanzielle Ausgleich für die enormen Verluste der bayrischen Landesbank -etwa 14 Mrd. Euro- zu erheblichen Belastungen der Bürger durch weniger öffentliche Leistungen von Bildung, Lehrern bis zu Sicherheitsleistungen und Sicherheitspersonal führen. Auch werden die Gebühren für die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge weiter steigen. Erst kürzlich ist das gesamte Ausmaß der Amigo-Geschäftlhuberei wichtiger CSU-Größen an der Spitze der Bayrischen Landesbank im Zusammenhang mit dem Kauf der maroden österreichischen Bank Hypo Alpe Adria deutlich geworden. Bisher warten wir allerdings vergeblich auf Konsequenzen des bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Dieser präsentiert sich stattdessen als Wendehals auf allen Gebieten: der Steuerpolitik, der Gesundheitspolitik, der Einführung von Mindestlöhnen und nicht zuletzt dem Umgang mit dem Finanzdesaster der bayrischen Landesbank.